Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 62 (1970)

Heft: 12

Artikel: Jugoslawien : Wirtschaftskrise gefährdet politische Einheit

Autor: Schläppi, Bruno

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354480

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jugoslawien: Wirtschaftskrise gefährdet politische Einheit

Das Ende Oktober abgehaltene erweiterte Zentralkomitee-Plenum des Bundes Jugoslawischer Kommunisten sowie die von der Regierung Ribicic ausgearbeiteten Massnahmen zur Konjunkturdämpfung haben zur Genüge gezeigt, dass eine kritische Phase in der ökonomischen Entwicklung die jugoslawische KP vor eine gewaltige Zerreissprobe stellt und die Einheit der Föderation bedroht.

Wie der Tagungsverlauf weiter offenbart, sind sich die leitenden Funktionäre, vom hohen Nordwesten bis tief hinunter in den Südosten, einig, dass es vordringlich eine Unzahl ökonomischer Engpässe zu überwinden gilt, dass sie sich aber bis zur Stunde nicht auf eine gesamtstaatliche Lösungsformel verständigen konnten und in erster Linie der Vorschlag staatlicher Eingriffe auf den Widerstand derjenigen Kommunistenführer stiessen, welche das Selbstverwaltungsprinzip unter keinen Umständen antasten wollen. Aus diesem Grunde konnte sich der Parteikongress auf kein supranationales Stabilisierungsprojekt festlegen. Die jüngsten politischen Auseinandersetzungen, sowie die Entwicklung gerade der letzten Monate haben denn auch die fundamentale wirtschaftspolitische Struktur des jugoslawischen Staates erschüttert: das Prinzip der Selbstverwaltung in den Betrieben.

Ursachen und Wirkungen

Nach sorgfältigen Berechnungen wird sich das Handelsbilanzdefizit Jugoslawiens Ende dieses Jahres auf gut eine Milliarde Dollar belaufen. Ungezählte Betriebe, vor allem im strukturschwachen Süden, verfügen kaum mehr über die notwendigen flüssigen Mittel zur Modernisierung. Sie beklagen sich, dass ihnen die technologische Entwicklung davonläuft. Selbst in den höher entwickelten Landesteilen ist die Angst gross, dass viele Unternehmen nicht auf den Weltmärkten konkurrieren können. Ein grosser Teil der jugoslawischen Arbeiter ist enttäuscht und bitter unzufrieden. Für untere Einkommensschichten ist die galoppierende Teuerung untragbar geworden, innerhalb eines einzigen Jahres verteuerten sich die Lebenshaltungskosten um ganze 12 Prozent. Führende Oekonomen forderten immer lauter den Einbau von Stabilisatoren in den aus dem Gleichgewicht geratenen Wirtschaftsapparat.

Was die Arbeiterklasse Jugoslawiens indessen ernstlich böse werden lässt, sind die sich verschärfenden Klassengegensätze, ist die nicht wegzuleugnende Tatsache, dass in Jugoslawien die Armen

ärmer und die Reichen reicher werden. Die grösste Gefahr für den politischen Frieden in diesem Staat besteht in der unkontrollierten Akkumulation des Kapitals, in erster Linie im Zentrum Belgrad, wo unzählige Export – Importunternehmen und Finanzierungsgesellschaften wie Pilze aus dem Boden schiessen. In den Händen dieser Unternehmen und Banken, die selbstverständlich auf dem rechtlichen Boden der «sozialistischen Unternehmung» gegründet worden sind, liegen laut dem Parteiorgan «Borba» ungefähr 4 bis 5 Mia. Dinar (1,4 Mia Fr.), die weder durch den Staat noch durch die Arbeiterräte in der Industrieproduktion ausreichend überwacht und damit von den Unternehmen des Kapitalmarktes willkürlich investiert werden können. Man gibt zu, dass die letzte Wirtschaftsreform von 1965 in einer wichtigen Zielsetzung versagt hat. Sie beseitigt wohl das Uebel der politischen Fehlinvestition, schuf hingegen eine Neue Klasse, welche heute nach ihrem Gutdünken das Kapital verteilt und nach den Aussagen führender serbischer und kroatischer Soziologen auch nicht davor zurückschreckt, ihre neu gewonnene Macht zur politischen Manipulation auszunützen. Besonders kritisch sind diese Umstände für die Wirtschaft Kroatiens geworden, die plötzlich mit Wachstumsschwierigkeiten zu kämpfen hat und sich an die Zentrale in Belgrad, an die Serben ausgeliefert fühlt, womit sich die nationalen Gegensätze nur verschärfen müssen. Ein führender kroatischer ZK-Sekretär, Sredcko Bijelic, verlangte unlängst die vollständige Nationalisierung des Kapitals und seine Kontrolle durch den Staat, was vom serbischen Ministerpräsidenten Milko Bojanic strikte verworfen wurde.

Im Holzbearbeitungsmaschinen-Werk «Bratstvo», wenig ausserhalb von Zagreb, beleuchteten mir denn auch Direktoren und Arbeiterräte die ganze Problematik der Unternehmens- und Kapitalbildung in Kroatien und ganz Jugoslawien. «Ohne die Freiheit der Investition durch die produzierenden Unternehmen werden wir nie die ökonomische Stärke erringen, die es braucht, um auf den Weltmärkten konkurrieren zu können. Und nicht zuletzt sind wir es, die im Landesinnern uneigennützig neue Märkte erschliessen können, wozu wir aber nur imstande sein werden, falls der Zwischenhandel unter Kontrolle gebracht werden kann.»

Die Meinung ist weitverbreitet in Jugoslawien, dass es ohne die Kontrolle des Kapitals und des Zwischenhandels zu schwerwiegenden politischen Krisen kommen muss.

Politische Folgen

Marschall Tito drückte es selber aus, dass die kommunistische Partei zwar nicht eine Existenzkrise durchmache, dass sie aber in ihrer Einheit erschüttert ist und sich gefährliche Frontenbildungen bemerkbar gemacht haben.

In seiner Stellungnahme zu den wichtigsten politischen Fragen des Landes erklärte der Erste Sekretär der kroatischen KP, Miko Tripalo, gesamtstaatliche Formeln zur Lösung der Wirtschaftskrise seien dringend notwendig geworden, und falls die aufgeworfenen Probleme nicht zufriedenstellend bereinigt werden könnten, müsste dies die Existenz des Bundesstaates schwer erschüttern. Tripalo stellte weiter klar, dass es falsch sei, den Kroaten immerwährend Nationalismus vorzuwerfen. Ihre ökonomischen Forderungen seien berechtigt und die Gefahr einer unkontrollierten Akkumulation des Kapitals wachse ständig. Schliesslich trügen sie heute am meisten zum wirtschaftlichen Aufkommen der Nation bei, während sich in Belgrad bloss das Kapital konzentriere. Die Unzufriedenheit der jugoslawischen und insbesondere der kroatischen Arbeiterklasse sei in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Mehrwertbildung nicht besser überwacht und der geschaffene Mehrwert nicht gerechter verteilt werde.

Kommunistische Funktionäre, Politiker und Soziologen, vor allem in Zagreb, stellen immer wieder fest, dass die Einheit der Nation gefährdet ist, weil mit der rapide fortschreitenden technischen Entwicklung die immer gravierender werdenden Wirtschaftsprobleme nur noch sehr schwer gelöst werden können. Es ist die progressive Gruppe um die Zeitschrift «Praxis», welche im Phänomen dieser Neuen – das Kapital beherrschenden – Klasse eine Gefahr für die Existenz des Staates erblickt. Sie wird als politischen Flugsand, als Gruppierung ohne ideologische und politische Zielsetzung bezeichnet und könnte – wie Indizien und lokalpolitische Konflikte bereits bewiesen hätten – das politische Gleichgewicht im Staat ins Wanken bringen. Nicht zuletzt befürchtet man selbst in der obersten Parteiführung, dass sie sich mit der neostalinistischen Reaktion verbinden könnte.

Allgemein ist man der Ansicht, das ein solcher Modellfall nur in Verbindung mit einer Intervention von aussen her den Umsturz des bestehenden Herrschaftssystems herbeiführen könnte und weist weiter darauf hin, dass die sich zurzeit verdichtenden nationalen Gegensätze automatisch verfliegen müssten, falls die ökonomische Problematik gelöst werden kann.

Der Antrag des Zagreber Sekretärs Sredcko Bijelic auf Verstaatlichung der Banken wurde ebenso abgelehnt wie der Vorschlag des mazedonischen Kommunistenführers Krstve Cervenkovski, der den Arbeiterräten sofort alle Kompetenzen in der Finanzkontrolle einräumen wollte. Wohl ist man sich im Schosse der Partei einverständig, dass die Ueberwachung der Investitionstätigkeit dringend geworden ist, doch schreckt man vor übereiligen Sofortmassnahmen verständlicherweise zurück und wird versuchen, einen gangbaren Mittelweg vorzuzeichnen.

Titos Nachfolge

Auch die Frage um die Nachfolge Titos muss, wie mir ein höherer Funktionär der Sozialistischen Liga auseinandersetzte, in diesen Zusammenhang gestellt werden. Die Funktionstüchtigkeit des zu schaffenden Staatspräsidiums hängt allein davon ab, ob zwischen den wirtschaftlich schwachen und starken Landesteilen ein Modus vivendi gefunden und die Akkumulation des Kapitals, welches sich mehrheitlich auf die Hauptstadt konzentriert, besser unter Kontrolle gehalten werden kann. Leider könne diese Verantwortung noch nicht ganz auf die Organe der Arbeiter-Selbstverwaltung übertragen werden, weil Jugoslawiens Arbeiterklasse bis heute kein einheitliches Klassenbewusstsein entwickelt habe und sich das politische Engagement des Werktätigen zu oft auf den Einflussbereich des eigenen Betriebes beschränke. Jetzt aber könne gerade die gegen die «Neue Klasse» gerichtete soziale Unzufriedenheit zur Klammer werden, die nationale Gegensätze überspiele.

Das von Regierung und Partei vorgezeigte Stabilisierungsprogramm wird von der Intelligenz abgelehnt. Sie verneint die staatlichen Eingriffe und verlangt mehrheitlich, dass die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltungsorgane konsequent und raschestens ausgedehnt werden. Der Mittelweg der Staats- und Parteiführung erscheint ihr zu langsam, welche die politischen und ökonomischen Kontrollfunktionen nur langsam und ohne Friktionen auf die Organe der Unternehmen und auch der Kommunen und Teilrepubliken übertragen will. Die jüngsten Studentenunruhen sind somit das Abbild der politischen Auseinandersetzung. Das Parteiblatt «Borba» warf den Intellektuellen vor, sie wollten den Prozess zum Sozialismus «links überholen», während sich das Politbüro anhören muss, es habe unbegründet den revolutionären Charakter preisgegeben und den kleinbürgerlichen Strömungen Tür und Tor geöffnet.

Bruno Schläppi, Wien

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft[1]

1. Die *Wirtschaftsverbände* sind aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Was zumindest für die grösseren Wirtschaftsverbände ganz allgemein zutrifft, gilt in besonderem Masse für die Gewerkschaften: Sie sind unentbehrlich. Unentbehrlich für die Arbeitnehmer, deren Interessen sie vertreten. Unentbehrlich nicht zuletzt aber auch deshalb, weil sie mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen über die

[1] Leicht gekürzte Fassung eines Referates, gehalten am 10. Oktober 1970 anlässlich einer Bildungsveranstaltung des Kaufmännischen Vereins Bern.